

Berlin, 29. September 2008

Beschluss des Parteirats



Für das Klima - Kohlemoratorium

Im letzten Jahr sind die weltweiten Treibhausgasemissionen so schnell gestiegen wie nie zuvor. Von einer Wende in der Klimapolitik ist die Welt kann nicht die Rede sein.

In dieser Situation kommt es gerade auf die Verantwortung der Industriestaaten an. Sie dürfen nicht die falschen Signale setzen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke ohne CO₂-Abscheidung.

Wir fordern ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke solange die Technologie der CO₂-Abscheidung und Speicherung nicht erprobt und einsetzbar ist. Gemeinsam mit Umweltverbänden und Bürgerinitiativen streiten wir dafür, den Bau neuer, zusätzlicher Kohlekraftwerke zu verhindern. Verbraucherinnen und Verbraucher ermutigen wir, von Atom- und Kohlestromanbietern wie Eon, RWE, Vattenfall und EnBW zu Ökostromanbietern zu wechseln.

Wir wollen ein Neubau-Moratorium: nicht mehr aber auch nicht weniger.

Die bestehenden Kohlekraftwerke können wir nicht vorzeitig abschalten, im Bau befindliche Anlagen werden leider ans Netz gehen. Unser GRÜNES Konzept *Energie 2.0 geht* für das Jahr 2020 von einem Anteil von gut einem Drittel des Stroms aus Kohle aus. Wir wenden uns aber dagegen, durch den Neubau von weiteren Kohlekraftwerken eine ineffiziente und klimaschädliche Stromversorgung für die nächsten 50 Jahre zu zementieren.

Neue, zusätzliche Kohlekraftwerke sind klimapolitisch nicht zu verantworten.

Mit 750 bzw. 950 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom stoßen Braun- und Steinkohlekraftwerke zwei bis dreimal soviel schädliche Klimagase aus wie moderne

Gaskraftwerke. Die 25 derzeit geplanten Kohlekraftwerke würden 2050 zusammen in etwa so viel CO₂ emittieren, wie ganz Deutschland dann noch unter Klimaschutzgesichtspunkten ausstoßen darf. Für die übrige Stromerzeugung, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Haushalte blieben keine Emissionsrechte übrig – ein völlig unrealistisches Szenario, bei dem der Klimaschutz auf der Strecke bleibt.

Wir wollen das Genehmigungsrecht für Kohlekraftwerke reformieren.

Derzeit spielen der CO₂-Ausstoß und die Effizienz eines Kraftwerks bei der Genehmigung keine Rolle. Deshalb fehlt den zuständigen Behörden die juristische Handhabe, den Bau ineffizienter und klimaschädlicher Kraftwerke zu verhindern. Investoren können unter Androhung von Milliardenklagen die Genehmigung von Klimakillern gegen den Willen der zuständigen Behörden erzwingen. Das wollen wir ändern.

Wir fordern einen Mindestwirkungsgrad für neue Kraftwerke.

Für neue Kraftwerke wollen wir einen elektrischen Mindestwirkungsgrad von 58% gesetzlich festlegen. Das stellt sicher, dass nur noch moderne GuD-Kraftwerke mit einem CO₂-Ausstoß von etwa 365 Gramm je kWh Strom gebaut werden können. Ineffiziente Braun- und Steinkohlekraftwerke mit doppelt bis dreimal so hohem CO₂-Ausstoß und einem Wirkungsgrad von gerade mal 43% bis 45% wären nicht mehr genehmigungsfähig.

Emissionshandel allein ist keine Lösung.

Umweltminister Gabriel irrt, wenn er meint, zur Senkung der Kraftwerksemissionen allein auf den Emissionshandel setzen zu können. Denn der Emissionshandel legt nur Emissionsobergrenzen bis zum Jahr 2020 fest. Sind die neuen Kohlekraftwerke einmal gebaut, schafft das aber für über 50 Jahre Fakten. Die notwendige deutliche Emissionssenkung nach 2020 wird dann fast unmöglich. Auf diese Weise droht der Neubau von Kohlekraftwerken den Emissionshandel mehr einzuschränken als der Emissionshandel den Kraftwerkesausbau.

CCS ist noch Zukunftsmusik.

Die CO₂-Abscheidung und –Speicherung (CCS) könnte eines Tages die Möglichkeit bieten, die Klimaschäden durch Kohlekraftwerke zu verringern. Die Technik ist aber noch nicht ausgereift. Sie bedarf einer schnellen Erprobung auch in größeren Anlagen. Die Befürworter von CCS gehen frühestens 2020 von der Marktreife aus. Noch ist offen, ob CCS sich dann als praktikabel, umweltverträglich und sicher erweisen wird. In der Zwischenzeit darf der Verweis

auf CCS nicht darüber hinwegtäuschen, dass die real geplanten Kohlekraftwerke klimaschädliche CO₂-Schleudern sind.

Neue Kohlekraftwerke werden nicht gebraucht.

Trotz Stilllegung und Stillstand mehrerer Atomkraftwerke wird in Deutschland weit mehr Strom produziert als verbraucht. 2007 wurde die Jahresleistung von 5 Großkraftwerken netto exportiert, 2008 steht Deutschland vor einem neuen Rekordjahr beim Stromexport. Das rasante Wachstum der Erneuerbaren Energien, die heute schon 15% der Stromversorgung ausmachen, und der notwendige Ausbau der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung werden erhebliche neue Kapazitäten schaffen, während der Stromverbrauch selbst nach den Plänen der Bundesregierung um 11% sinken soll. Warnungen der Energiekonzerne vor einer Stromlücke haben sich daher stets als interessengeleitete Stromlügen erwiesen.

Die Energie der Zukunft ist grün!

Mit unserem Konzept „Energie 2.0“ haben wir gezeigt, wie die klimafreundliche, effiziente und sichere Stromversorgung der Zukunft aussehen kann. Wir setzen auf Erneuerbare Energien, effiziente Kraft-Wärme-Kopplung und Energieeinsparung. 2020 können dann über 40% unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien kommen, 30% aus hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und den Rest aus modernen Gaskraftwerken und aus den bestehenden Kohlekraftwerken. Dafür wollen wir die politischen Weichen stellen!

Beschluss: Einstimmig